

PM: Gemeinderat Rosendahl lehnt mit 50:50 den Beitritt zum Bündnis „Bürgermeister für den Frieden“ ab

Nur ein Ratsvertreter aus Rosendahl gab in einem Nebensatz zu bedenken, welches Signal der Gemeinderat in die Öffentlichkeit sendet, wenn er dem Antrag von Sonja Crämer-Gembaczyk nicht folgt. Die hatte angeregt, dass die Gemeinde Rosendahl dem Vorbild der Stadt Dülmen folgt, die im Oktober 2017 mit den Stimmen aller Ratsfraktionen den „Mayors for peace“ beigetreten sind. Die Zuschauer der Sitzung des Gemeinderats vom 4. Oktober konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, dass einige Gemeindevertreter die Antragsunterlagen nicht gut durchgelesen hatten: Einer argumentierte, das Hissen einer Fahne sei für die Ächtung von Atomwaffen nicht förderlich, ein anderer hatte eine Abneigung gegen Flaggen aller Art. Lediglich ein Ratsherr begriff, dass Rosendahl sich mit über 7.000 Städten und Gemeinden weltweit, mehr als 500 allein in Deutschland solidarisch zeigen kann, deren Bürgermeister ein weltweites Verbot aller Atomwaffen fordern. Auch die Motive der der Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki, fanden keine Erwähnung: die Japaner haben nach der leidvollen Erfahrung ihrer Städte die „Bürgermeister für den Frieden“ gegründet, weil sie wussten, dass sie als gewählte Vertreter ihre Einwohner nicht vor Massenvernichtungswaffen schützen können. Nicht erwähnt wurde die akute Bedrohung durch eine wachsende Zahl von Staaten, die Atomwaffen besitzen und durch scharfe internationale Konflikte. So lehnte der Gemeinderat am Ende einer wenig leidenschaftlichen Debatte mit 10 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung den Antrag ab. Die Friedensaktivisten im Kreis Coesfeld werden einen neuen Anlauf brauchen, um den Gemeinderat zu einer klaren Haltung zu der größten Bedrohung der Menschheit zu bewegen.